

Zeitschrift: Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...

Herausgeber: Kanton Bern

Band: - (1927)

Artikel: Bericht der Präsidialverwaltung

Autor: Bösiger, W. / Moser, C. / Joss, F.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-417058>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1927.



Bericht der Präsidialverwaltung.

Regierungspräsident:

Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat **W. Bösiger**.

Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat Dr. **C. Moser**.

Vizepräsident des Regierungsrates:

Vom 1. Januar bis 31. Mai: Regierungsrat Dr. **C. Moser**.

Vom 1. Juni bis 31. Dez.: Regierungsrat **F. Joss**.

Volksabstimmungen.

Im Berichtsjahre fanden zwei kantonale und eine eidgenössische Volksabstimmung statt.

A. Kantonale Volksabstimmungen.

Am 15. Mai kam die *Steuergesetzinitiative des Jahres 1922* zum Volksentscheid (Begehren um Abänderung einzelner Bestimmungen des Steuergesetzes vom 7. Juli 1918). Die Behandlung dieser Initiative war im Einverständnis mit den Initianten um mehrere Jahre hinausgeschoben worden; im Momente des Volksentscheides konnte sie als durch andere Erlasse erledigt gelten; sie wurde deshalb auch von den ursprünglichen Initianten nicht mehr verteidigt. Vom Grossen Rate wurde sie zur Verwerfung empfohlen. Die Bürgerschaft entschied in diesem Sinne mit 19,623 Ja gegen 48,927 Nein. — Gesamtzahl der Stimmberechtigten 184,959; Stimmmende 71,682; Stimmbeteiligung 38,75 %.

Am 30. Oktober hatte das Volk über zwei Vorlagen zu befinden. Der Entwurf zu einem Gesetz betreffend

Abänderung des Gesetzes vom 1. März 1914 über die kantonale Versicherung der Gebäude gegen Feuergefahr (*Elementarschadenversicherung*) wurde mit 24,482 gegen 7350 Stimmen angenommen. Desgleichen wurde angenommen der Entwurf zu einem Gesetze betreffend Revision des *Gesetzes* vom 22. Mai 1921 über die *Tierseuchenkasse*, und zwar mit 24,072 gegen 7404 Stimmen. — Zahl der Stimmberechtigten: 185,163; Zahl der Stimmenden: 32,700; Stimmbeteiligung 17,7 %.

B. Eidgenössische Volksabstimmung.

Diese fand am 15. Mai statt. Zum Entscheid gelangten der Entwurf zu einem Bundesgesetz über den Automobil- und Fahrradverkehr und der Bundesbeschluss betreffend die Abänderung von Art. 30 der Bundesverfassung (Erhöhung der Beiträge für den Unterhalt der Alpenstrassen). Die erste Vorlage vereinigte im Kanton Bern auf sich: 21,322 Ja und 53,823 Nein; die zweite: 35,965 Ja und 31,333 Nein. Die kantonale Stimmbeteiligung betrug 38,26 %.

Volkswahlen.

Am 15. Mai erfolgte eine Ersatzwahl in den Regierungsrat; gewählt wurde der Präsident der Rekurskommission, Fürsprech Dr. H. Dürrenmatt in Bern.

Vertretung des Kantons Bern in der Bundesversammlung.

In der bernischen Deputation des *Nationalrates* traten zwei Veränderungen ein. Am 17. August verstarb Landwirt Jakob Freiburghaus in Spengelried; er wurde ersetzt durch Fabrikant Jakob Leuenberger in Huttwil. Am 16. Dezember trat Regierungsrat E. Lohner als Mitglied des Nationalrates zurück auf den 1. Januar 1928; er wurde ersetzt durch Lehrer P. Balmer in Grindelwald.

Als *Ständeräte* wurden für die Amtsperiode vom 1. Dezember 1927 bis 30. November 1928 gewählt: Regierungsrat Dr. C. Moser in Bern und Fürsprech P. Charmillot in St. Immer.

Grosser Rat.

Der Grosse Rat hielt im ganzen fünf Sessionen ab mit insgesamt 33 Sitzungen.

Für den Rest des Verwaltungsjahres 1926/27 amtierte als Grossratspräsident: Landwirt G. Gnägi in Schwaderau. Für das Verwaltungsjahr 1927/28 wurde als Grossratspräsident gewählt: Kaufmann G. Neuenschwander in Oberdiessbach; als Vizepräsidenten: Lokomotivführer E. Jakob in Port und Notar J. Mühlemann in Meiringen. Im Jahre 1927 sind aus dem Grossen Rate ausgeschieden: Landwirt G. Rouèche in Lugnez, Landwirt R. Wenger in Albligen und Fürsprech E. Choulat in Pruntrut wegen Ablebens, Arzt Dr. E. König in Bern und Privatier J. Imobersteg in Zweisimmen wegen Rücktrittes. Neu in den Rat wurden aufgenommen: Kaufmann E. Berger in Langnau, Lehrer H. Holzer in Signau, Gemeindeschreiber F. Varé in Courgenay, Parteisekretär Dr. E. Steinmann in Bern und Viehzüchter E. von Känel a. d. Lenk.

Folgende wichtigeren Geschäfte wurden behandelt:

1. Gesetze. Gesetz betreffend Revision des Brandversicherungsgesetzes (Elementarschadenversicherung), Gesetz betreffend Revision des Gesetzes über die Tierseuchenkasse, Gesetz über Jagd und Vogelschutz, Gesetz über das Strafverfahren (erste Lesung).

2. Dekrete. Tarife betreffend die Gebühren des Verwaltungsgerichtes und der Regierungsstatthalterämter, Dekret betreffend Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in Frutigen, Dekret betreffend den Naturschadenfonds, Dekret betreffend die Revision des Einkommensteuerdekretes, Dekret betreffend die Schulgelder an den kantonalen technischen Schulen, Dekret betreffend Revision des Konkordates über den Verkehr mit Motorfahrzeugen.

3. Motionen, Interpellationen und einfache Anfragen. Es wurden 13 Motionen behandelt und 12 Interpellationen und einfache Anfragen beantwortet.

Andere Geschäfte. Als andere wichtige Geschäfte seien erwähnt: die Beschlüsse betreffend Hauptrevision des Wirtschaftsplanes der Staatswaldungen, betreffend Sanierung und Elektrifikation der Bern-Neuenburg-

Bahn, betreffend Übernahme der Schnitzlerschule Brienz durch den Staat, betreffend Ausbau der Molkereischule Rüti.

Regierungsrat.

Im Regierungskollegium trat eine Änderung ein durch den Hinscheid von Armen- und Kirchendirektor Friedrich Burren, der am 16. März 1927 einem langwierigen Leiden erlag, tief betrauert von seinen Kollegen und von seinen Freunden. Der Verstorbene wurde im Jahre 1908 in den Regierungsrat gewählt; er führte während seiner gesamten Dienstzeit mit grosser Hingabe die Direktionen des Armen- und des Kirchenwesens, für deren Leitung er sich um seiner warmherzigen und tiefreligiösen Gesinnung willen besonders eignete; er hat segensreich gewirkt und sein Andenken wird ehrenvoll fortleben.

Die am 15. Mai 1927 erfolgte Ersatzwahl fiel auf die Person von Fürsprech Dr. Hugo Dürrenmatt, Präsident der kantonalen Rekurskommission. Dem neugewählten Mitglieder wurden die freigewordenen Direktionen des Armen- und des Kirchenwesens zugeteilt.

Am 6. November starb nach kurzem Krankenlager Regierungsrat Henri Simonin. Herr Simonin war im Jahre 1904 in den Regierungsrat gewählt worden, wo er nacheinander die Polizei- und die Justizdirektion sowie die Direktion des Gemeindewesens und der Sanität führte. Sein Werk, das seinen Namen dauernd festhalten wird, ist das Gemeindegesetz von 1917. Ein gründlicher Arbeiter und treuer Sohn des Jura, aber auch ein treuer Anhänger des Gesamtkantons, hat Regierungsrat H. Simonin sich den Dank des Bernervolkes in reichem Masse verdient.

Der Regierungsrat hielt im vergangenen Jahre 109 Sitzungen ab, in denen 5533 Geschäfte behandelt wurden.

Zu besondern Bemerkungen gibt das Jahr 1927 in administrativer Hinsicht nicht Anlass. Dagegen muss auch es, wie das Jahr 1926, als ein Zeitraum von sehr ungünstiger Witterung charakterisiert werden; übermässige Regengüsse und Hagelwetter haben in mehreren Landesteilen, vorab Emmental und Oberland, schweren Schaden angerichtet. Doch es fehlte auch dieses Jahr nicht an werktätiger Hilfe. Von den eidgenössischen Militärbehörden wurden zur Ausbesserung des ersten Schadens Truppen zur Verfügung gestellt. Das Sappeurbataillon 4 arbeitete während 8 Tagen mit grosser Hingabe in der Gegend von Trub. Der Regierungsrat spricht diesen Wehrmännern auch an dieser Stelle seinen warmen Dank aus.

Bezirksbeamte.

Es wurden im Berichtsjahre durch Volkswahl neu besetzt die Stellen des Gerichtspräsidenten von Konolfingen, des Regierungsstatthalters von Delsberg, der Gerichtsschreiber (und Betreibungsbeamten) von Sefligen, Laupen und Aarberg.

Im Amtsbezirk Delsberg trat Regierungsstatthalter Eggenschwiler nach langjähriger verdienstlicher Tätigkeit altershalber von seinem Amte zurück.

Es mussten ferner durch Volkswahl ersetzt werden: je ein Amtsrichter in den Amtsbezirken Delsberg und Freibergen und je ein Amtsrichtersatzmann in den Amtsbezirken Biel, Delsberg, Erlach und Laufen.

Staatskanzlei.

Über den Geschäftsgang der Staatskanzlei geben folgende Ziffern Auskunft:

An die Direktionen überwiesene Eingänge	3,527
Überweisungen an den Grossen Rat	310
Ausführung von Drucksachenbestellungen mit einer Verkaufssumme von	Fr. 27,300
Beglaubigungen von Unterschriften	23,714

Im Anweisungsverkehr wurden 1292 Gebührenfälle erledigt mit einem Ertrag von Fr. 113,642.

Die französische Abteilung der Staatskanzlei besorgte ihrerseits zirka 1745 Geschäfte, wovon zirka 750 des Regierungsrates und 995 des Grossen Rates und der Direktionen sowie eine grosse Anzahl von Publikationen im Amtsblatt.

Staatsarchiv.

Der Zuwachs an Archivalien umfasste hauptsächlich folgende Bestände: Akten und Kontrollen der Finanzdirektion 1871—1900; Geschäftsbücher und Kontrollen der Hypothekarkasse 1846—1917, samt der einstigen Dienstenzinskasse 1787—1879, ferner die von der genannten Kasse geführten Bezugsrödel der Juragewässerkorrektion und die Entsumpfungsberechnungen 1860 bis 1890; Archivalien des Bureau du cadastre du Jura (18./19. Jahrhundert); Strafprozeduren, Geltstage, Materialien der einstigen Untergegerichte, Akten, Urbarien, Rödel etc. aus den Archiven des Richteramtes und des Regierungstatthalteramtes Thun, vorwiegend aus der Zeit vor 1850. Die Eingänge neuerer Verträge zur Einreihung in das Urkundenarchiv, die Bereicherung der Bibliothek durch Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Zeitungen und einige antiquarische Erwerbungen erfolgten in gewohnter Weise; ebenso ging eine Anzahl von Geschenken ein, die jeweilen verdankt wurden.

Die Unterbringung dieses Zuwachses bereitete bei der schon starken Ausnützung unserer Räumlichkeiten erhebliche Schwierigkeiten. Gegen Ende des Berichtsjahres wurden daher Schritte unternommen, dem Staatsarchiv weitem Platz in dem benachbarten Gebäude der Gemeinde- und Sanitätsdirektion zu verschaffen. Dadurch würde der schlimmsten Raumnot auf einige Zeit abgeholfen. Im vordersten der vier Gewölbe unten im Rathaus machte sich neuerdings Feuchtigkeit bemerkbar, deren Bekämpfung schon früher notwendig geworden war. Alle übrigen der rund 40 Archivräume sind trocken und auch gut oder doch ausreichend belichtet.

Die Besorgung von Auskünften und Nachschlagungen zu amtlichen Zwecken, die Bedienung der stets zahlreichen Benützer des Staatsarchivs zu wissenschaftlichen Forschungen und die Beantwortung solcher Anfragen aus dem In- und Auslande brachten dem Archivpersonal ein reichliches Mass von Arbeit. Mehrere Historiker fanden sich Wochen und Monate hindurch regelmässig zum Studium ein, um Forschungen über die Reformationszeit obzuliegen, Heimatkunden oder Dissertationen zu bearbeiten. Auch das Interesse für Familiengeschichte ist stets lebhaft. Eine Vereinigung von Histo-

rikern hat im Einvernehmen mit dem Staatsarchivar die Anlage und Führung von *Gemeindechroniken* mit dem Staatsarchiv als Sammelstelle in die Wege geleitet.

Einigen Gemeindebehörden erteilte der Berichtserstatter auf Wunsch Ratschläge und Beihilfe bei der Neuordnung ihrer Archive.

Die unerlässlichen Ordnungs-, Sichtungs- und Revisionsarbeiten, ebenso Arbeiten zum Unterhalt der Archivalien wurden vom ständigen Personal und unter Mitwirkung von zwei Aushilfskräften soweit als möglich gefördert. Diese Arbeiten erstreckten sich vorab auf die als Zuwachs angeführten Archivalien, auf früher abgelieferte aus den Bezirksarchiven von Neuenstadt und Signau, auf die grosse Abteilung des einstigen Lehenswesens und seiner Aufhebung (Zehnten, Bodenzinse, Ehrschätze und andere Feudallasten), auf das Urkundenarchiv, wo zur Entlastung der Fächer die gebundenen Stücke herausgenommen und unter Anmerkung in den Inventarien anderweitig versorgt wurden. Weiterhin wurden Siegelabgüsse in Umschläge gelegt, biographische Artikel aus Zeitungen gesammelt, Drucksachen gesichtet und eingereiht sowie verschiedene Registraturen weitergeführt. Im ehemaligen fürstbischöflich-baselschen Archiv wurden aus der Hauptabteilung der Spiritualia geordnet und registriert die Akten über Franciscani, Misalia, Visitationes, aus der Hauptabteilung der Temporalia die Akten über die Schaffnerlei Pruntrut, die Stadt Delsberg, die französischen Kriege des 16./18. Jahrhunderts, das Münzrecht und über einen Teil der adeligen Lehen.

Hallwyl-Archiv. Die im Jahr 1926 übernommenen und eingeordneten Urkunden, Akten und Bände waren vertragsgemäss im Berichtsjahre der allgemeinen Benützung noch nicht freigegeben, weil das gesamte Archiv noch für eigene Zwecke der Familie erforscht wurde. Dr. C. Brun aus Zürich arbeitete hier das ganze Jahr über im Auftrage der Gräfin Wilhelmina von Hallwyl in Stockholm an der Weiterführung der grossangelegten Familiengeschichte. Die Freigabe wird in absehbarer Zeit erfolgen. Das Archiv erhielt 1927 den Besuch der Gräfin, ihres Vertreters, Herrn Glaumann in Stockholm, und des Stammesältesten, des Herrn Majors Carl von Hallwyl in Dresden.

Einige antiquarisch angebotene Urkunden und Bilder wurden für diese neue Abteilung erworben. Der bei der Hypothekarkasse angelegte Hallwylfonds des Staatsarchivs stand zu Anfang des Berichtsjahres auf Fr. 11,219 und wuchs mit dem Jahreszins von 532 Franken 90 auf Fr. 11,751. 90. Der für den Unterhalt bestimmte Zins konnte zum Kapital gelegt werden, weil die erwähnten Erwerbungen und einige sonstige Auslagen noch aus einem Aktivsaldo der Bau- und Einrichtungsrechnung bestritten wurden.

Bern, den 15. März 1928.

Der Regierungspräsident:

Dr. C. Moser.

Vom Regierungsrat genehmigt am 17. April 1928.

Test. Der Staatsschreiber i. V.: Brechbühler.

